



„Politikferne“ Jugendliche besser erreichen

Ergebnisse eines Fachworkshops der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener

1. Die Distanz zur institutionalisierten Demokratie ist größer geworden.

Junge Menschen müssen institutionelle politische Prozesse verstehen und lernen, sich für eigene und gesellschaftliche Belange einzusetzen.

2. Politisches Handeln bedeutet, gestalten zu wollen.

Politisches und gesellschaftliches Engagement kann auch im kleinen, scheinbar unpolitischen Rahmen beginnen. Aufgabe der politischen Bildung ist es, aus dem vermeintlich Unpolitischen das Politische herauszuarbeiten.

3. Demokratie will gelernt sein...

Familie und Schule spielen eine entscheidende Rolle dabei, Jugendlichen das Politische nahe zu bringen.

4. ...und gelebt werden.

In einer partizipativ gestalteten Schule wird nicht nur etwas über Demokratie gelernt, sondern auch durch und für die Demokratie.

5. Jugendliche brauchen die richtige Ansprache.

Angebote und Themen müssen auf die jeweilige Zielgruppe und ihre Lebenswelt ausgerichtet sein.

6. Jugendliche brauchen Lebensräume, die sie gestalten können.

Besonders wichtig ist es, auch Räume für die eher „politikfernen“ Jugendlichen zu schaffen.

7. Jugendliche müssen so angenommen werden, wie sie sind.

Die Sichtweisen der Jugendlichen müssen akzeptiert werden. Eine „missionarische“ Vorgehensweise scheitert fast zwangsläufig. Wichtig ist die Begegnung auf „Augenhöhe“.

8. Die Nutzung Neuer Medien kann neue Möglichkeiten der Partizipation eröffnen.

Ein großer Teil des Alltags von Jugendlichen findet mittlerweile in sozialen Netzwerken statt. Diese Plattformen können für Zwecke politischer Bildung genutzt werden.

9. Politik braucht Visionen, die zu einer Beteiligung motivieren.

Visionen sind unabdinglich, um Begeisterung zu wecken. Die Politik und ihre Akteure müssen deutlicher machen, wofür sie einstehen und wofür es sich zu kämpfen lohnt.

INHALT

I. Vorwort: Zum Fachworkshop „...und sie beteiligen sich doch! ‚Politikferne‘ Jugendliche besser erreichen“ Matthias Ruschke und Steffen Stürznickel , Forum Jugend und Politik	3
II. Politikinteresse und Beteiligungsbereitschaft Jugendlicher aus Sicht der Jugendforschung	5
III. Neun Thesen zu einer besseren Erreichbarkeit von Jugendlichen. Ergebnisse des Workshops	9
IV. Jugendliche sind die Zukunft unserer Demokratie – Zusammenfassung und Ausblick	18
Die Mitwirkenden im Überblick	19



Juni 2013

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Forum Jugend und Politik
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Telefon: 0228 883 7213

Fax: 0228 883 9223

Redaktion: Valerie Lange, Matthias Ruschke, Steffen Stürznickel

Fotos: Daniela Schmitter

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: Media Print

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Texte dieser Veröffentlichung basieren auf Mitschnitten der Veranstaltung „...und sie beteiligen sich doch! ‚Politikferne‘ Jugendliche besser erreichen“, können aber nicht als Namensbeiträge zitiert werden. Geäußerte Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Matthias Ruschke und Steffen Stürznickel

I. Vorwort zum Fachworkshop

Die Ausgangslage stimmt nicht unbedingt optimistisch: In keiner Altersgruppe ist die Wahlbeteiligung so niedrig wie unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Nur ca. zwei Prozent der Jugendlichen beteiligen sich in einem engeren Sinne in Politik und Gesellschaft – durch Engagement in traditionellen Institutionen wie politischen Parteien. Auch die Anzahl der jungen Gewerkschaftsmitglieder liegt nur unwesentlich höher. Ob solch ein „klassisches“ Engagement stattfindet, hängt außerdem nach wie vor stark von sozialer Herkunft und Bildungshintergrund ab. Andererseits gibt es auch andere Formen politischen Engagements und gesellschaftlicher Beteiligung, die jenseits von Gremien- und Parteistrukturen stattfinden. Gerade diese Formen der Beteiligung, die häufig näher an der „Lebenswirklichkeit“ junger Menschen zu liegen scheinen, erfreuen sich einer immer größeren Beliebtheit.

Schaut man sich die relevanten Jugendstudien jedenfalls etwas genauer an, ergibt sich ein höchst differenziertes Bild. Längst nicht jeder Jugendliche ist im engeren Sinne politisch engagiert, aber gänzlich „politikfern“ ist die Mehrheit glücklicherweise auch nicht. Dennoch gibt es viel zu tun im Bereich der politischen Bildung, um Jugendliche und insbesondere „politikferne“ Jugendliche an Demokratie heranzuführen. Wer auch in Zukunft eine lebendige Demokratie sowie eine demokratische politische Kultur haben möchte, muss die entsprechenden Voraussetzungen schaffen und junge Menschen rechtzeitig mitnehmen. Dazu gehört es auch, möglichst alle Jugendlichen zu erreichen – und nicht nur diejenigen, die Demokratie und politischer Bildung ohnehin schon aufgeschlossen gegenüberstehen.

Die Ausgangsfrage ist demnach, wie man Jugendlichen und insbesondere „politikfernen“ Jugendlichen durch Angebote der politischen Bildung zu mehr Engagement und Begeisterung für die Demokratie verhelfen kann. Und überhaupt: Wodurch äußert sich eigentlich Distanz zur Politik? Von welchen Jugendlichen sprechen wir – und wie sprechen wir sie an? DIE Jugendlichen gibt es schließlich nicht. Mit diesen und anderen Fragen haben wir uns im Rahmen unseres Fachworkshops des Forums Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung am 31. Januar 2013 in Bonn auseinandergesetzt. Denn die Jugendlichen von heute prägen die Politik und die Demokratie von morgen.

Angebote des Forums Jugend und Politik der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Forum Jugend und Politik in Bonn (JuP) ist eine Arbeitslinie der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Angebote zur Jugendpolitik macht. Damit richtet sich das Forum JuP mit seinem Angebot direkt oder über Multiplikatoren an Jugendliche oder macht Veranstaltungen zu jugendpolitischen Themen.

Das Forum Jugend und Politik möchte Jugendliche für Politik interessieren, die Bereitschaft zur Teilhabe stärken und Nachwuchs für das politische Ehrenamt qualifizieren. Die wichtigsten Wege, um dieses Ziel zu erreichen, bestehen darin, Jugendliche zu informieren, mit ihnen gesellschaftlich brisante Themen zu diskutieren und sie Politik aktiv nachvollziehen zu lassen.



Der Veranstaltungsflyer des Workshops



Das Veranstaltungsangebot des **Forums Jugend und Politik** umfasst ein breites Spektrum an unterschiedlichsten Formaten: So gehören die regelmäßige Ausrichtung von themenspezifischen Fachtagungen für Multiplikatoren der politischen Jugendbildung ebenso dazu, wie die Durchführung von **Zeitzeugengesprächen für Jugendliche, die Organisation von Planspielen zu unterschiedlichen politischen Themen wie Globalisierung, Wirtschaft, Partizipation und Demokratie oder Kommunalpolitik.**

Zivilcourage-Trainings, Workshops zum Thema Respekt und Anerkennung oder Gewaltpräventionstrainings vervollständigen unser Angebot. Zudem organisieren wir Veranstaltungen im kreativ-künstlerischen Bereich, wie die **Musikwerkstatt, Kreativwerkstätten** oder **einen gesellschaftspolitischen Poetry Slam.**

Je nach Veranstaltungsformat werden unterschiedliche Zielgruppen innerhalb der Jugendlichen im Hinblick auf Alter und Bildungsgang angesprochen.

Insbesondere die **Angebote aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, wie die Workshops zum Thema Anerkennung oder Respekt, erreichen die besonders „politikfernen“ Jugendlichen.** Darüber hinaus hat die Friedrich-Ebert-Stiftung bei eher „politikferneren“ Zielgruppen mit den kommunalpolitischen Angeboten der **Jugend-Planungszelle**, einem sehr stark beteiligungsorientierten Format, sowie dem **Planspiel Kommunalpolitik** gute Erfahrungen gemacht. Allgemein kann gelten: je stärker die Jugendlichen innerhalb der Veranstaltungsformate aktiv eingebunden werden, umso größer ist der Erfolg. Dies gilt in zunehmendem Maße für „politikfernere“ Jugendliche.

Weitere Informationen:

<http://www.fes.de/forumjugend>

Einen Tag lang diskutierten die Teilnehmer aus Jugendarbeit und Jugendbildung, Schule, Wissenschaft und Politik, sowie Jugendliche selbst, unterschiedliche Aspekte dieses Themas. Dabei wurden Probleme offen diskutiert und benannt – aber auch mögliche Lösungsansätze präsentiert. Das vorliegende Policy-Paper der Politischen Akademie der FES möchte diese dokumentieren: Es bietet eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse wichtiger Studien über Jugend und Politik, die auch den thematischen Hintergrund für unseren Fachworkshop bildeten. Ebenso werden die Ergebnisse der Veranstaltung in Form von Handlungsempfehlungen und Hinweisen für politische Bildung, Schule und Politik abgebildet. Dabei kommen viele Mitwirkende des Workshops direkt zu Wort – mit Zitaten aus ihren Referaten und Diskussionsbeiträgen.

Aufgabe und Zielsetzung des Forums Jugend und Politik ist es, Jugendlichen Politik und Demokratie direkt und über Multiplikatoren nahe zu bringen und sie dafür zu begeistern. Dazu gehört auch, die relevante Fachöffentlichkeit zu informieren, einzubinden und miteinander zu vernetzen. Wir hoffen, dass wir diesem Ziel durch den Fachworkshop sowie das vorliegende Policy-Paper ein Stück weit näher gekommen sind und einen weiteren kleinen Beitrag für den zukünftigen Diskurs setzen zu können. Wir freuen uns auf weitere (Fach-)Diskussionen.



Das Podium. Ein freier Platz in der Mitte steht interessierten TeilnehmerInnen des Workshops zur Verfügung.

Aus Sicht der Jugendforschung

II. Politikinteresse und Beteiligungsbereitschaft Jugendlicher

„Ohne Jugend ist kein Staat zu machen.“ So lautet das Motto des Planspiels Kommunalpolitik, das die Friedrich-Ebert-Stiftung seit mehr als zehn Jahren erfolgreich mit Jugendlichen durchführt. Das trifft den Nagel auf den Kopf. Demokratie lebt von der Beteiligung seiner Bürger. In einer Demokratie sind die Menschen souveräner Träger der Staatsgewalt. Damit das politische System in einer Demokratie allerdings funktioniert, muss Demokratie immer wieder für jede Generation neu erlernt und erlebt werden. Demokratie ist, auch wenn es häufig so scheint, selbst in Deutschland keine Selbstverständlichkeit (mehr).

Für eine zukünftig stabile Demokratie müssen Jugendliche, die nachwachsenden Demokratinnen und Demokraten, stärker an politischen Prozessen beteiligt werden. Der Wunsch, sich politisch zu engagieren, entsteht – das zeigen die aktuellen Beteiligungszahlen – nicht automatisch. Es wäre aber falsch zu sagen, dass Jugendliche grundsätzlich kein Interesse an politischen Fragen hätten: Immerhin 51,8 Prozent der in der Studie „Sprichst Du Politik?“ befragten 16- bis 19-Jährigen sehen sich als mitverantwortlich für die Entwicklung der Politik.

Warum kann das vielfach vorhandene Grundinteresse nicht in ein politisches Engagement umgesetzt werden? Der Jugend-survey des deutschen Jugendinstituts und die Shell-Jugendstudie zeigen: In politischen Parteien engagieren sich, wenn überhaupt, nur zwei Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Auch die Wahlbeteiligung, üblicherweise die konventionellste und „niedrigschwelligste“ Form der Beteiligung, ist in dieser Altersgruppe so gering wie in keiner anderen. Um sich der Beantwortung dieser Frage zu nähern, ist es zunächst notwendig, sich ein Bild von der Jugend zu machen. Was bewegt junge Menschen? Was ist ihnen wichtig? Woran orientieren sie sich? Wie ist ihre Einstellung zu sozialen Themen, zu Politik und zu Politikerinnen und Politikern? Und was verstehen Jugendliche überhaupt unter „Politik“?

Die erste wichtige Erkenntnis, die die Sinus-Studie „Wie ticken Jugendliche 2012“ liefert, ist so einfach wie entscheidend: Die Jugendlichen gibt es nicht. Junge Menschen wachsen in unterschiedlichen Lebenswelten auf, die verschiedene Herausforderungen für ihren Alltag mitbringen. Ihre soziale Lage – in Deutschland stark mit ihrem Bildungs-

Die Studie „Sprichst Du Politik?“ wurde von **Prof. Dr. Bettina Fackelmann** in Zusammenarbeit mit Berliner Studierenden und in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt. Neben Gruppeninterviews an unterschiedlichen Berliner Schulen wurden die Daten durch die größte in Deutschland bislang vorgenommene Online-Umfrage zum Thema Jugend und Politik gewonnen.

→ Fackelmann, Bettina et al. (2011): „Sprichst du Politik? Ergebnisse des Forschungsprojekts und Handlungsempfehlungen.“ Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.



Christina Schildmann, FES. Verantwortlich für das Jugendforschungsprojekt „Sprichst du Politik?“

Die Jugendstudie „**Wie ticken Jugendliche 2012**“ des Sinus-Instituts wurde im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, des Bunds der Deutschen Katholischen Jugend, der Bundeszentrale für politische Bildung, des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, der Bischöflichen Medienstiftung der Diözese Rottenburg-Stuttgart sowie des Südwestrundfunks erstellt. Die Ergebnisse basieren auf qualitativen Befragungen, schriftlichen und künstlerischen Selbstzeugnissen sowie Fotodokumentationen der Lebensräume von insgesamt 72 14- bis 17-Jährigen in ganz Deutschland.

→ Calmbach, Marc et al. (2012):
„Wie ticken Jugendliche? 2012: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland.“
 Verlag Haus Altenberg, Düsseldorf.

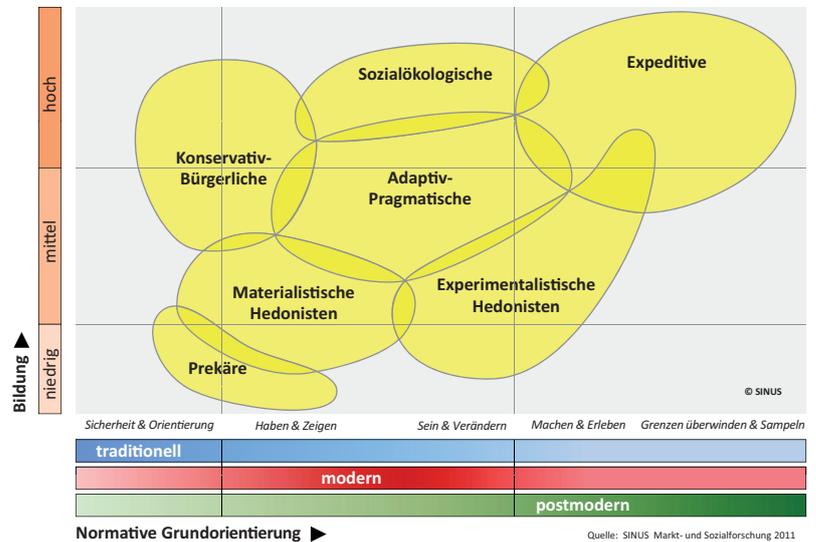
Für die qualitative Studie **„Unsichtbares’ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von ‚bildungsfernen’ Jugendlichen“** der Bundeszentrale für politische Bildung wurden 36 Einzelinterviews mit Hauptschülerinnen und Hauptschülern und Auszubildenden mit Hauptschulabschluss durchgeführt. In die Auswertung einbezogen wurden außerdem Selbstzeugnisse der Jugendlichen, fotografische Lebensweltdokumentationen sowie quantitative Daten aus der Markt-/Mediastudie **„Typologie der Wünsche“**.

→ Kohl, Wiebke; Seibring, Anne (2012):
„Unsichtbares’ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von ‚bildungsfernen’ Jugendlichen.“
 Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

SINUS:

SINUS-Lebensweltenmodell u18

Die Lebenswelten der 14- bis 17-Jährigen in Deutschland



Grafik entnommen aus der Präsentation auf der Fachtagung von E. Flügge **„Wie ticken Jugendliche“** zur SINUS-Jugendstudie U18

niveau verbunden – ist so differenziert wie ihre Wertvorstellungen, ihr Musikgeschmack oder ihre Freizeitgestaltung. Dass Jugendliche aus unterschiedlichen Lebenswelten stammen und dass dies Auswirkungen auf Formen und Gelegenheiten politischen Engagements hat, ist leicht nachvollziehbar, schließlich setzt sich dies bei Erwachsenen fort. Bei dem Versuch, Jugendliche für ein politisches Engagement zu gewinnen, wird dieser im Grunde selbstverständliche Befund jedoch häufig nicht berücksichtigt.

Die Sinus-Studie macht sieben unterschiedliche Trends in den Lebenswelten Jugendlicher aus. So gibt es konservativ-bürgerliche und sozialökologisch Orientierte, die sich am ehesten politisch engagieren. Für sie ist die Beteiligung an Wahlen selbstverständlich, sie engagieren sich auch in politischen Organisationen und haben am ehesten eine Affinität zum „klassischen“ Engagement in politischen Parteien. Aber schon diese zwei Gruppen zeigen, wie unterschiedlich politisches Engagement sein kann: Während sich die Konservativ-bürgerlichen in Gremienarbeit wohl fühlen, Hierarchien anerkennen und Gemeinschaft, Ordnung und Disziplin wertschätzen, stehen bei den sozialökologisch Orientierten die Themen im Vordergrund. Für sie sind Werte wie Demokratie, Gerechtigkeit, Umweltschutz oder Nachhaltigkeit wichtig, gepaart mit einem kritischen Blick auf staatliche Politik.

Für ein klassisches politisches Engagement nur schwer gewinnen lassen sich sowohl exponentive als auch experimentalistisch-hedonistische Jugendliche, obwohl beide Lebenswelten nicht als politikfern beschrieben werden können. Die Exponentiven, eine Lebenswelt, die stark durch die Nähe zu Neuen Medien bestimmt wird, sind außerordentlich gut informiert. Sie wollen Politik gestalten, haben aber ein starkes Bedürfnis

nach Flexibilität, Mobilität und Unabhängigkeit. Expeditiv Jugendliche erleben Politik als machtlos und gestaltungsunwillig. Sie erwarten von Politikerinnen und Politikern ein höheres Maß an Professionalität. Die Erwartungshaltung der experimentalistischen Hedonisten ist dieser nicht unähnlich, auch wenn sie sich aus einer ganz anderen Grundeinstellung gegenüber Politik speist. Dort wo die Expeditiven selbst den Hebel umlegen wollen, erwarten diese Jugendlichen von den Politikern Verantwortungsübernahme. Sie engagieren sich eher gegen als für etwas und suchen in ihrem politischen Engagement kreative Formen des Ausdrucks, die sich in unserem etablierten Politikverständnis bislang aber kaum wiederfinden.

Bei den adaptiv-pragmatischen und materialistisch-hedonistischen Jugendlichen stehen, in unterschiedlicher Ausprägung, Konsuminteressen im Vordergrund. Soziale Anerkennung und Teilhabe drücken sich insbesondere bei den materialistischen Hedonisten über den Besitz von Konsumgütern aus. Beide Gruppen wünschen sich eine sichere Zukunft, geprägt von einem bürgerlichen Familien- und Werteverständnis. Politik wird als langweilig empfunden, die Akteurinnen und Akteure als egoistisch, unehrlich und handlungsunfähig. Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen oder sich über besonders wichtige Themen zu informieren, zeigen die Adaptiv-pragmatischen dennoch, während dies für die materialistischen Hedonisten kaum interessant ist. Ihnen bleiben insbesondere actionreiche politische Inszenierungen im Gedächtnis. Sie haben zwar konkrete Veränderungswünsche für den eigenen Alltag, verbinden diese aber nicht mit einer Erwartungshaltung an die Politik.

Die siebte von der Sinus-Studie ausgemachte Lebenswelt ist die der Prekären. Sie haben von allen Jugendlichen die schwierigsten Startvoraussetzungen und sind in ihren Familien oft mit vielfältigen Risikolagen konfrontiert. Eine Teilnahme an politischen Prozessen können sie sich kaum vorstellen. Ihr Alltag ist vielmehr geprägt von der Angst, von grundsätzlichen Aspekten gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen zu sein. Und dennoch sind sie, dass zeigt die Studie „Unsichtbares‘ Politikprogramm?“ keineswegs unpolitisch:



Erik Flügge, Sinus-Akademie und Arne Busse, Referent der bpb im Fachbereich Politikferne Zielgruppen

Die sieben verschiedenen Lebenswelten der Sinus-Studie im Überblick:

- **Konservativ-bürgerliche Jugendliche:**
Die familien- und heimatorientierten Bodenständigen mit Traditionsbewusstsein und Verantwortungsethik.
- **Sozialökologische Jugendliche:**
Die nachhaltigkeits- und gemeinwohlorientierten Jugendlichen mit sozialkritischer Grundhaltung und Offenheit für alternative Lebensentwürfe.
- **Expeditiv Jugendliche:**
Die erfolgs- und lifestyleorientierten Networker auf der Suche nach neuen Grenzen und unkonventionellen Erfahrungen.
- **Adaptiv-pragmatische Jugendliche:**
Der leistungs- und familienorientierte Mainstream mit hoher Anpassungsbereitschaft.
- **Experimentalistische Hedonisten:**
Die spaß- und szeneorientierten Nonkonformisten mit Fokus auf ein Leben im Hier und Jetzt.
- **Materialistische Hedonisten:**
Die freizeit- und familienorientierte Unterschicht mit ausgeprägten markenbewussten Konsumwünschen.
- **Prekäre Jugendliche:**
Die um Orientierung und Teilhabe bemühten Jugendlichen mit schwierigen Startvoraussetzungen und Durchbeißermentalität.

Auch prekäre Jugendliche haben eine dezidierte Meinung zu Politik und eine klare Haltung. Sie äußern sich politisch, sind sich aber dessen oft nicht bewusst – ihr Interesse an politischen Themen kann somit auch nicht unmittelbar und eigenständig in politisches Engagement münden. „Bildungsferne“ Jugendliche erschließen sich politische und soziale Themen fast ausschließlich über unmittelbare konkret-materielle, sozialräumliche Erfahrungen. Sie haben insbesondere Interesse an Themen, die ihre Lebenswelt betreffen, etwa Gerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, Kriminalität oder Geld. Völlig uninteressiert sind sie an institutionalisierter, parlamentarischer Politik, und zwar unter anderem deshalb, weil sie über wenig Grundwissen über politische Prozesse verfügen. Unter politischen Begriffen, die gemeinhin als gängig eingestuft werden, können sie sich kaum etwas vorstellen. Folglich können und möchten sie sich dazu auch nicht äußern. Diese Jugendlichen erleben sich als politikfern und trauen sich politische Partizipation nicht zu, obwohl sie sich zu wichtigen politischen Themen durchaus eine dezidierte Meinung bilden.



Das Gefühl der Überforderung ist im Zusammenhang mit politischen Themen für fast alle jugendlichen Lebenswelten auszumachen. Skepsis gegenüber der Politik und den politisch Handelnden haben auch diejenigen Jugendlichen, die als politiknah gelten. „Sprichst Du Politik?“, die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Politikverständnis Jugendlicher, stellt insgesamt fest, dass Jugendliche wissen, dass sie in der Demokratie gebraucht werden, sie aber nicht davon ausgehen, die Möglichkeiten zu haben, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Dabei haben Mädchen noch größere Berührungängste als

junge Männer: Sie tauschen sich nach eigener Aussage deutlich weniger mit Freunden und Familie über (von ihnen selbst als) politisch eingestufte Themen aus. In vielen Familien gilt Politik demnach als Männergeschäft. Diese Befunde zeigen, dass auf die jungen Frauen noch einmal ein besonderes Augenmerk gelegt werden muss, wenn es darum geht, Jugendliche für politisches Engagement zu gewinnen.

Die Ergebnisse der vorgestellten Jugendstudien stellen klar: Jugendliche interessieren sich für politische Themen. Sie sind nicht unpolitisch, ihre Beteiligung drückt sich aber anders als in klassischen Formen aus. Vielfach fühlen sie sich von einer Auseinandersetzung mit Politik überfordert oder mit ihren Anliegen nicht ernstgenommen. Das Gefühl, nicht kompetent genug zu sein, ist ein Hindernis für politisches Engagement, ebenso wie ein Mangel an Übung im politischen Diskurs. Von den bislang angebotenen Formaten politischer Teilhabe werden viele Jugendliche nicht angesprochen. Aus diesen Erkenntnissen der Jugendforschung ergeben sich Ansatzpunkte für Politik und politische Bildung.

» Jugendliche interessieren sich für politische Themen. Sie sind nicht unpolitisch, ihre Beteiligung drückt sich aber anders als in klassischen Formen aus. Vielfach fühlen sie sich von einer Auseinandersetzung mit Politik überfordert oder mit ihren Anliegen nicht ernstgenommen. «

Ergebnisse des Workshops

III. Neun Thesen zu einer besseren Erreichbarkeit von Jugendlichen

1. Die Distanz zur institutionalisierten Demokratie ist größer geworden.

Jugendliche werden nicht selbstverständlich zu Demokratinnen und Demokraten. Demokratisches Handeln muss erlernt werden. Voraussetzung dafür, dass junge Menschen demokratische Prozesse verstehen und lernen, sich für eigene und gesellschaftliche Belange einzusetzen, ist Beteiligung an politischer Auseinandersetzung. Auf diesen Einsatz ist Demokratie angewiesen: Die „Herrschaft des Volkes“ ist nur überlebensfähig, wenn sich das Volk einbringt und Politik und Gesellschaft gestaltet. Beteiligen sich nur wenige oder nur bestimmte Gruppen, verlieren die demokratischen Repräsentanten ihre Legitimation und Demokratie kann auf Dauer nicht bestehen. Deshalb ist es so wichtig, Jugendliche für die Partizipation an politischen Prozessen zu begeistern.

Dass in der politischen Bildung Handlungsbedarf besteht, machen die Ergebnisse der aktuellen Jugendforschung deutlich: Jugendliche und junge Erwachsene haben Zweifel daran, dass Politik handlungsfähig ist und sich für die Belange der Bevölkerung einsetzt, viele empfinden Politikerinnen und Politiker als unehrlich und egoistisch. Zu politischen Debatten finden sie keinen Zugang, weil sie sich nicht kompetent genug fühlen, an ihnen teilzunehmen. Diese Distanz zu Politik, politischen Parteien und Großorganisationen zieht sich – in unterschiedlicher Ausprägung – durch alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen. Bei der Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist diese Distanz allerdings besonders groß. Das war nicht immer so: In den achtziger Jahren etwa gaben nach Daten der Shell-Jugendstudie 2010 noch 55 Prozent der 15- bis 24-Jährigen an, sich für Politik zu interessieren. Jetzt, knapp 30 Jahre später, trifft dies nur noch auf 40 Prozent zu. Was muss sich in der Politik, aber auch in der politischen Jugendbildung ändern, damit Demokratie auch von denjenigen mitgestaltet wird, die ihre Zukunft sind?

2. Politisches Handeln bedeutet, gestalten zu wollen – Plädoyer für einen erweiterten Politikbegriff.

Was erwarten wir von jungen Menschen, wie werden sie zu jungen Demokratinnen und Demokraten? „Politisch sein‘ bedeutet, Handlungsspielräume zu nutzen, um sich die eigene Umwelt zu eigen zu machen“, erklärt Katharina Oerder, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende.

U18: Die Wahl für Kinder und Jugendliche

Mit dem Projekt U18 können Kinder und Jugendliche aller Nationalitäten, die noch nicht wahlberechtigt sind, ihre Stimme bei Landtags- oder Bundestagswahlen abgeben. Kurz vor dem offiziellen Wahltermin wählen die Kinder und Jugendlichen. Ihre Stimmen werden ausgewertet und veröffentlicht. So kann die Entscheidung der Kinder und Jugendlichen den „echten“ Wahlergebnissen gegenübergestellt werden und erhält Gewicht. Die Initiative wird vom Deutschen Kinderhilfswerk e.V. koordiniert.

Weitere Informationen:

www.u18.org



Katharina Oerder, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende

Das EU-Programm ‚Jugend in Aktion‘

Jugend in Aktion ist ein Programm der Europäischen Union, mit dem Jugendgruppen, gemeinnützige Vereine und Jugendverbände bis einschließlich 2013 mit insgesamt 886 Millionen Euro gefördert werden. Einer der fünf Aktionsbereiche betrifft die Beteiligung junger Menschen am Alltagsleben in ihrer Umgebung. Jugendliche sollen so Solidarität, Bürgersinn und demokratisches Engagement erfahren, um die Mobilität und Zusammenarbeit in Europa zu stärken.

Weitere Informationen:

www.jugend-in-aktion.de

Planspiele:

Eine gute erste Möglichkeit für Jugendliche, Politik zu (er)leben

Politische Planspiele simulieren eine bestimmte Situation oder Verhandlung. Für die TeilnehmerInnen geht es darum, in einer Verhandlungs- oder Konfliktsituation die Rolle eines handelnden Akteurs zu übernehmen.

Die Methode eignet sich gut, um Jugendlichen einen ersten Einblick in politische Prozesse zu geben, indem sie diese selber durchspielen.

Die Formate sollten beteiligungsorientiert gestalten sein und an den Interessen und der Lebenswelt der Jugendlichen andocken. **Planspiele zu Globalisierung, Europa oder Klimapolitik** gehören zum festen Bestandteil der politischen Jugendbildung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Besonders gute Erfahrungen hat die Friedrich-Ebert-Stiftung bislang mit ihren kommunalpolitischen

Politisches Engagement muss nicht in Parteien oder in Großorganisationen stattfinden oder sich über die Beteiligung an Wahlen definieren. Die Bereitschaft und Selbstverpflichtung, sich für andere einzusetzen, das Interesse, den eigenen Lebensraum zu gestalten, ist politisches Handeln. Das Suchen von Sprachrohren, von Vertretern, die die eigenen Probleme, Sehnsüchte, aber auch Interessen artikulieren können, ist grundlegende Demokratie. Wenn wir einen solchen erweiterten Politikbegriff anlegen, dann ist es sehr viel einfacher, Jugendliche zur Beteiligung zu motivieren, weil sie sich mit konkreten Problemen in ihrem Umfeld unmittelbar identifizieren können. Zur Gestaltung des eigenen Lebensraumes gehört es zum Beispiel auch, eine Party im Jugendzentrum zu organisieren. Das Engagement in einer politischen Großorganisation hingegen ist für viele Jugendliche zu abstrakt, die Distanz zur institutionalisierten Politik zu groß.

Das Ziel einer erweiterten Definition von politischer Partizipation ist nicht etwa, alles zur Beteiligung zu erklären. Unsere Demokratie ist nicht mehr oder wenig stabil, wenn Jugendliche sich dafür gewinnen lassen, in ihrem Jugendzentrum Veranstaltungen durchzuführen. Vielmehr geht es darum, den Jugendlichen deutlich zu machen, dass politisches Handeln viel einfacher ist, als sie es selbst oft vermuten. So werden Berührungspunkte abgebaut und Eingangsschwellen verringert. Und wer erst gelernt hat, seine Interessen in seinem Nahumfeld zu erkennen, zu artikulieren und durchzusetzen, dem wird dies auch eher in größeren, weniger konkreten Zusammenhängen gelingen. Die Aufgabe der politischen Bildung ist es, aus dem vermeintlich Unpolitischen den Kern des Politischen herauszuarbeiten. Dies ist die Grundvoraussetzung, um vermeintlich „politikferne“ Jugendliche vielleicht auch in absehbarer Zukunft für ein Engagement im Rahmen der Parteidemokratie gewinnen zu können.

3. Demokratie will gelernt sein ...

Wie ist zu erklären, dass Jugendliche zwar politische Aussagen treffen, diese jedoch nicht als solche erkennen? In dieser Frage liegt für die politische Partizipation großes Potenzial. Denn politisches Handeln setzt voraus, dass man sich seiner eigenen Position bewusst wird – nur dann kann man auch für oder gegen etwas eintreten. Neben der Kenntnis und dem Bewusstsein über das „Was“ politischer Partizipation ist das „Wie“ entscheidend, das Wissen also, wie ich mich für meine Belange oder die anderer einsetzen kann. Auch diese Kompetenz muss erst erlernt werden, weiß Benedikt Widmaier, Direktor des Haus-am-Maiberg, Heppenheim: „Wenn wir keine Menschen haben, die uns an die Politik heranführen, dann bleiben wir unpolitisch. Das ist die Herausforderung für die politische Bildung. Wir brauchen Orte und Menschen, die Jugendlichen das Politische nahe bringen.“





Benedikt Widmaier, Direktor des Haus-am-Maiberg, der Akademie für soziale und politische Bildung der Diözese Mainz

Für manche Kinder und Jugendliche ist die Familie der Ort, an dem sie politisch sozialisiert werden. Das sind diejenigen, die am einfachsten Zugang zum Politischen finden. Der politischen Bildung in der Schule gelingt es offenbar bislang nicht in ausreichendem Maße, diejenigen an Politik heranzuführen, die diese Voraussetzung nicht von Hause aus mitbringen. Ein Grund hierfür könnte sein, dass auch die politische Bildung in der Schule zu viel Distanz zur Politik und zum Politischen wahrhaft – eine Distanz, die von den Jugendlichen übernommen wird. Politische Parteien und Themen werden zwar behandelt, bleiben aber abstrakt. „Schule ist entpolitisiert“, stellt Benedikt Widmaier fest und fordert: „Die Politik muss in die Schulen rein, um Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, damit junge Leute Politik lernen können.“

4. ... und gelebt werden.

Die anschaulichere und lebensweltnähere Gestaltung des Fachunterrichts ist nur ein Schritt zu einer Politisierung der Schule. Schule ist ein Raum, in dem Demokratie gelebt und von den Kindern und Jugendlichen als Gesellschafts- und Lebensform erfahren werden muss. In einer partizipativ gestalteten Schule wird nicht nur über Demokratie gelernt, sondern auch durch und für die Demokratie. Durch das Üben politischer Auseinandersetzung werden die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt, an demokratischen Prozessen teilzuhaben und diese aktiv mitzugestalten.

Gelingen kann dies nur in einer demokratisch gestalteten Schule. Diese Voraussetzung erfüllen viele Schulen bislang nicht. Mitbestimmung hat im Schulalltag kaum Bedeutung. Wo sollen Jugendliche aber zu Demokratinnen und Demokraten werden, wenn nicht dort, wo sie ihre meiste Zeit verbringen und wo sie beständig mit Altersgenossinnen und -genossen, sowie mit Lehrerinnen und Lehrern in Auseinandersetzung treten? Schülerinnen und Schüler brauchen im Lebensraum Schule Gestaltungsmöglichkeiten. Das Recht auf Mitbestimmung ist, so erklärt



Beteiligungsformaten, der **Jugend-Planungszelle** und dem **Planspiel Kommunalpolitik**, gemacht.

In beiden Ansätzen werden über die Beteiligung der TeilnehmerInnen hinaus auch KommunalpolitikerInnen oder BürgermeisterInnen in das Planspiel eingebunden.

Weitere Informationen zur Methode der Planspiele in der politischen Bildung:

<http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/planspiele/>

Weitere Informationen zu den kommunalpolitischen Formaten der FES:

<http://www.fes.de/forumjugend/html/PlanspielKommunalpolitik-OhneJugendistkeinStaatzumachen.php>

<http://www.fes.de/forumjugend/html/MitmischenJugendplanungszelle.php>

„Demokratie lernen und leben“ in Rheinland-Pfalz

Seit 2007 gibt es in Rheinland-Pfalz das landesweite Transferprogramm „Demokratie lernen und leben“. Das Programm ist hervorgegangen aus dem bundesweiten Projekt „Demokratie lernen & leben“ der Bund-Länder-Kommission. Mittlerweile gibt es vier regionale Netzwerke von Modellschulen für Partizipation und Demokratie. Die Modellschulen unterstützen sich gegenseitig bei Projekten der demokratischen Schulentwicklung und bieten anderen Schulen Gelegenheit zur Hospitation. Sie führen außerdem Fortbildungen zu ihren Partizipationschwerpunkten durch.

Weitere Informationen:

www.demokratielernenundleben.rlp.de

Im Überblick:**Beteiligungsformen in der Schule**

Partizipation kann in der Schule stattfinden, die Schule kann sich aber auch selbst im außerschulischen Umfeld beteiligen.

Innerschulische Partizipation beginnt im Unterricht.

Partizipatives Lernen kann Schülerinnen und Schüler aktivieren und fördern. Dazu gehören Formen des Projektlernens, des kooperativen Lernens oder des Peer Learnings ebenso wie die Abgabe von Verantwortung durch die Lehrkraft an einzelne Schülerinnen oder Schüler, die dann als Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter für andere fungieren. Schülerinnen und Schüler können durch Portfolios, Lerntagebücher und Kompetenzraster auch an der Leistungsmessung und -bewertung beteiligt werden.

Im Schulleben können ebenfalls verschiedene Partizipationsformen angeboten werden,

etwa die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an Entscheidungen über die Gestaltung der Schule. Gremien hierfür sind der Klassenrat, die Jahrgangsstufen- oder die Schulversammlung. Verantwortung können Schülerinnen und Schüler darüber hinaus bei der Planung und Durchführung von Projekten und Veranstaltungen übernehmen. Jahrgangübergreifende Patenschaften im Bereich des Peer Learnings oder die Übernahme von Funktionen wie der von Sanitärerinnen und Sanitätern, Pausenbetreuerinnen und -betreuern oder Streitschlichterinnen und -schlichtern gehören zu weiteren Partizipationsformen in der Schule.

Der Einbezug des sozialräumlichen Umfeldes in den Unterricht,

etwa im Bereich von Kommunalpolitik, lässt Schule Teil des kommunalen und gesellschaftlichen Umfeldes werden. Dazu gehören auch außerschulische Kooperationen mit Firmen, sozialen Einrichtungen oder der Jugendhilfe.

Dorothea Werner-Tokarski vom Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz, eines der in der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Grundrechte. Auch die Kultusministerkonferenz hat sich mit ihrem Beschluss von 2009 zur Stärkung der Demokratieerziehung für ein demokratischeres Schulwesen ausgesprochen. Hier heißt es: „Demokratieerziehung ist Aufgabe aller Fächer und der gesamten Schule. Der Unterricht, das Schulleben und die Schulorganisation sind Lern- und Handlungsfelder, die – unabhängig von Fächern und Altersstufen – von allen an der Schule beteiligten Gruppen demokratisch weiterentwickelt werden sollen.“

(Siehe: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf).

Dieser Beschluss muss im Rahmen der Schulkonzeptionen nun auch Eingang in den Schulalltag finden. Orientierung kann das auf europäischer Ebene entwickelte Projekt „Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education“ geben. Neben der Charta, die Ansätze der Demokratie- und Menschenrechtsbildung zusammenführt, bietet das Projekt des Europarats auch Handbücher und Best-Practice-Beispiele zur Demokratieerziehung in der Schule.

5. Jugendliche brauchen die richtige Ansprache.

Von einem Engagement im schulischen Kontext bis zu einer Beteiligung in einer politischen Organisation ist es noch ein weiter Weg. Wir brauchen aber auch in der institutionalisierten Politik junge Menschen. Das ist der Bereich des Politischen, von dem sich die Jugendlichen am meisten distanzieren. Anne Linscheid ist Schülerin und politisch aktiv, weiß aber, dass viele ihre Altersgenossen Ängste haben, sich zu beteiligen, weil ihnen die politische Auseinandersetzung fremd ist. Aus ihrer Erfahrung als Schülervereinerin berichtet sie, wie wichtig es ist, die Jugendlichen immer wieder anzusprechen und über die Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung zu informieren. „Man muss immer wieder neu auf die Jugendlichen zugehen.“

Das ist, darauf weist Katharina Oerder hin, für Parteien nicht einfach. Aufsuchende Arbeit sei nur in sehr engen Grenzen möglich, weil politische Parteien in Schulen und Jugendhäusern kaum aktiv werden dürfen. „Wir haben wenig Kontakt mit politikfernen Jugendlichen. Denn die Jugendlichen müssen zu uns kommen. Sobald wir sie so erreichen, sind sie schon nicht mehr politikfern“, so Oerder weiter. Umso wichtiger ist es, die Ansprache politischer Großorganisationen wirklich zielgruppengerecht zu gestalten. Dabei ist es entscheidend, dass die unterschiedlichen Lebenswelten Jugendlicher berücksichtigt werden. Nicht alle Jugendlichen können auf die gleiche Weise angesprochen werden: Während manche einen themenorientierten Zugang zu politischen

Organisationen finden, müssen andere über spezifische Projekte in ihrem Lebensumfeld gewonnen werden. Anke Unger, Bezirksjugendsekretärin des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nordrhein-Westfalen, weist darauf hin, dass auch die Gestaltung der Angebote an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst werden muss. In Rückgriff auf Ihre Erfahrungen innerhalb der gewerkschaftlichen Jugendbildung beim DGB in NRW stellt sie Folgendes fest: „Die jugendlichen Mitglieder kommen zu achtzig Prozent nicht aus politischer Überzeugung, sondern weil sie glauben, dass sie aus der Mitgliedschaft einen persönlichen Vorteil ziehen können. Wir müssen in unserem Angebot mit Freizeitcharakter locken. Politische Aktivität wird mit Freizeit, Spaß und persönlichem Gewinn verbunden.“ Können Jugendliche über diese eher niederschweligen Angebote gewonnen werden, ist es entscheidend, sie auch langfristig an die Organisation zu binden und für ein politisches Engagement zu motivieren und zu qualifizieren.

6. Jugendliche brauchen Lebensräume, die sie gestalten können.

Die Distanz der Jugendlichen zum Politischen ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Es gibt Gruppen von Jugendlichen, die besonders schwer zu erreichen sind. Das liegt auch daran, dass bestimmte Formen der Teilhabe, zu denen diese Jugendlichen nur schwer Zugang finden, bislang besonders gefördert werden, während andere kaum Unterstützung finden. „Bildungsnahe“ Jugendliche etwa sind häufiger in Sport- oder Jugendvereinen organisiert und können sich hier ihre Lebenswelt gestalten. Die sogenannten „bildungsfernen“ – und das sind häufig gleichzeitig die als „politikfern“ bezeichneten – Jugendlichen können kaum auf diese Ressourcen zurückgreifen. Politische Beteiligung fängt bereits bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben an. „Für Jugendliche in Städten ohne Jugendhäuser ist der McDonalds oder die Dönerbude das Jugendhaus, weil dies der einzige Ort für sie ist, an dem sie sich willkommen fühlen“, erklärt Erik Flügge von der Sinus-Akademie. Besonders für diese Jugendlichen gilt es, Räume zu schaffen, an denen sie sich einbringen können. Arne Busse von der Bundeszentrale für politische Bildung stellt klar: „Eine Demokratie ist ein System, an dem jeder teilhaben können muss, ohne vorher Voraussetzungen zu erfüllen. Es liegt in der Verantwortung der Gesellschaft, dies zu ermöglichen.“

Dabei ist es, auch das führt Busse unter Rückgriff auf die Ergebnisse der Studie „Unsichtbares‘ Politikprogramm?“ aus, nicht so, als hätten diese Jugendlichen keine Meinung und politische Agenda. Sie seien sich dessen nur häufig nicht bewusst oder könnten sie nicht artikulieren. Deshalb gilt es, das versteckte Politikprogramm der „politikfernen“ Jugendlichen aufzuspüren. Diese Erkenntnis ist wichtig für die politische Bildung: Wenn wir davon ausgehen müssen, dass mangelnde politische



Anke Unger

Im Überblick:

Angebote politischer Partizipation jugendgerecht gestalten

- projektgebundene Angebote gestalten
- flexible Beteiligung ermöglichen
- Einstiegshürden, etwa durch Schnuppermitgliedschaften, abbauen
- Spaßorientierung zulassen
- Partizipation innerhalb der Organisation oder des Projekts ermöglichen
- die Anliegen der Jugendlichen ernstnehmen
- Projekte mit Lebensweltbezug anbieten
- Orientierung bieten
- flache Hierarchien schaffen und Kommunikation auf Augenhöhe gewährleisten
- authentisch sein
- ...



Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung: Fachbereich Politikferne Zielgruppen

Der Fachbereich Politikferne Zielgruppen der Bundeszentrale für politische Bildung stellt zahlreiche Bildungsmaßnahmen und -materialien bereit, die sich direkt an junge Menschen aus den sogenannten politik- und bildungsfernen Schichten richten. Sie sind besonders unterhaltsam und leicht verständlich aufgebaut. Die Materialien reichen von Computerspielen über Fernsehformate zu Publikationen. Die Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt außerdem partizipative Projekte im Nahraum.

Weitere Informationen:

<http://www.bpb.de/die-bpb/51755/die-fachbereiche-der-bpb>



Beteiligung „politikferner“ Jugendlicher nicht an mangelndem Interesse liegt, sondern sich mit fehlenden, passgenauen Angeboten oder zu wenig Unterstützung erklären lässt, dann ergeben sich neue Ansatzpunkte.

7. Jugendliche müssen so angenommen werden, wie sie sind.

Jugendliche können nur dann für politische Partizipation gewonnen werden, wenn das, wofür sie sich engagieren sollen, für sie selbst wichtig ist. Beteiligung bedeutet Identifikation. Daraus ergeben sich Anforderungen an die politische Bildung, die Erik Flügge folgendermaßen formuliert: „Wir können nicht mit unserem eigenen Wertekanon an die Jugendlichen herantreten und von ihnen verlangen, sich diesem zu stellen. Das sorgt für den inneren Ausstieg der Jugendlichen.“ Vielmehr ist es notwendig, dass in der politischen Bildung Tätige mitunter über ihren eigenen Schatten springen. Die Sichtweisen und Werte der Jugendlichen, die oft nicht mit denen der politischen Bildner übereinstimmen, ihnen sogar widersprechen, müssen nicht nur ausgehalten, sie müssen auch anerkannt werden. Das bedeutet nicht, dass den Jugendlichen unkritisch zu begegnen ist. Aber sie müssen mit ihren Sichtweisen, die sich aus Zeitgeist und Lebenswelt ergeben, akzeptiert werden.

Politische Bildner brauchen ein gehöriges Maß an Selbstreflexion und Selbsterkenntnis, um diese Anforderung erfüllen zu können. Sie müssen sich über ihre eigene politische Sozialisation bewusst werden und diese reflektieren, um auch andere Erfahrungswelten annehmen zu können. Das gilt ebenso für die jugendlichen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die in der Projektarbeit eingesetzt werden und häufig aus ganz bestimmten, eher bildungsnahen Lebenswelten kommen. „Die Herausforderung ist es, deutlich zu machen, dass eine missionarische



Herangehensweise problematisch ist, weil genau diese Art der Vermittlung politischer Werte von den meisten anderen Jugendlichen abgelehnt wird und Barrieren aufbaut. Das authentische Leben der Werte hingegen ist die Stärke, die in der politischen Bildung engagierte Jugendliche und Erwachsene anderen vermitteln können“, erklärt Flügge weiter.

8. Die Nutzung Neuer Medien kann neue Möglichkeiten der Partizipation eröffnen.

Jugendliche da abzuholen, wo sie stehen und sie so anzuerkennen, wie sie sind, bedeutet auch, sich in den Räumen zu bewegen, in denen sie sich aufhalten. Ein großer Teil des Alltags Jugendlicher und junger Erwachsener spielt sich mittlerweile im Internet ab: Irmgard Nolte, Geschäftsführerin der Kommunikationsagentur „neues handeln“, weist darauf hin, dass in der Mediennutzung der Jugendlichen Social-Media-Angebote und hier besonders Facebook zu den großen Favoriten zählen. Für die Suche nach Informationen nutzen Jugendliche überwiegend Suchmaschinen oder Wikipedia. Nur wenige informieren sich über Nachrichtenportale, Blogs oder Twitter – sie sind also über diese Form Neuer Medien nur eingeschränkt ansprechbar. Auf diese neuen Arten der Kommunikation müssen sich auch politische Organisationen einstellen, wenn sie Jugendliche ansprechen und zur Beteiligung anregen wollen.

Neue Medien bieten vielfältige Chancen für Engagement, weil sie einen vergleichsweise niedrigschwelligen Einstieg in politische Themen ermöglichen und nah an der Lebenswelt der Jugendlichen sind. Neue Medien bieten Organisationen auch die Chance, sich selbst offener, interaktiver und transparenter zu gestalten – Eigenschaften, die Jugendliche für ein politisches Engagement erwarten. So können etwa Facebook-Gruppen für Abstimmungsprozesse genutzt werden. Diskussionsforen können Plattformen zum Meinungsaustausch und zur Aufnahme von Kontakten werden. Inhalte können visuell aufbereitet werden, um den Zugang zu den Themenbereichen zu erleichtern. Somit können Elemente der Neuen Medien auch dazu genutzt werden, an klassische Formen der politischen Gremienarbeit anzuknüpfen. Die Nutzung Neuer Medien bietet außerdem ein großes Potenzial an Multiplikatoreffekten, weil Inhalte schnell geteilt und an andere weitergegeben werden können. Wichtig bei der Einbindung Neuer Medien in politische Prozesse oder in den Versuch, Jugendliche zur Partizipation zu gewinnen, ist, dass man sich der Schnelllebigkeit des Mediums bewusst ist: Die Plattform, die heute am häufigsten genutzt wird, kann morgen schon kaum noch up-to-date sein. Deshalb ist es wichtig, diese Angebote nach ihrer praktischen Umsetzung beständig auf ihre Wirksamkeit zur überprüfen.

youthpart:

Multilaterales Kooperationsprojekt zur e-Partizipation

Das Projekt youthpart strebt einen internationalen Austauschprozess zur e-Partizipation an. Bis Dezember 2013 sollen Richtlinien für eine gelingende e-Partizipation Jugendlicher an politischen Prozessen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene erarbeitet werden. Zusätzlich werden Softwareangebote für Beteiligungsverfahren entwickelt. Seit Mai 2012 gibt es die Plattform „OffeneKommune.de“, über die der Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Jugendlichen vor Ort gestaltet werden kann. Mit „Ypart“ können Jugendliche selbsttätig eigene Initiativen online starten. youthpart ist ein Projekt in Trägerschaft von IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit e.V.

Weitere Informationen:

<http://www.ijab.de/aktivitaeten/internationale-zusammenarbeit/epartizipation-youthpart/>





Im Überblick: Jugendliche und Mediennutzung

(Daten: JIM-Studie 2012, zusammengestellt von Irmgard Nolte, Geschäftsführerin der Kommunikationsagentur neues handeln)

Internetnutzung

Die allgemeine Internetnutzung verteilt sich wie folgt:
 45 % für Kommunikation (chatten, mailen, Social Media)
 25 % zur Unterhaltung (Musik, Videos, Bilder)
 17 % für Spiele
 13 % für die Informationssuche

Eine detailliertere Betrachtung ergibt folgendes Bild:

Kommunikation

1. Communities (78 %)
2. Chatten (50 %)
3. E-Mails (48 %)
4. Twitter (2 %)

Unterhaltung

1. Videoportale (71 %)
2. Musikportale (55 %)
3. Communityprofile lesen (55 %)
4. Live TV-Sendungen sehen (4 %)

Nutzung von Social-Media-Angeboten

Aktive Nutzung von Online-Communitys:

- 62 % der 12- bis 13-Jährigen
- 80 % der 14- bis 15-Jährigen
- 90 % der 16- bis 17-Jährigen

Meistgenutzte Community

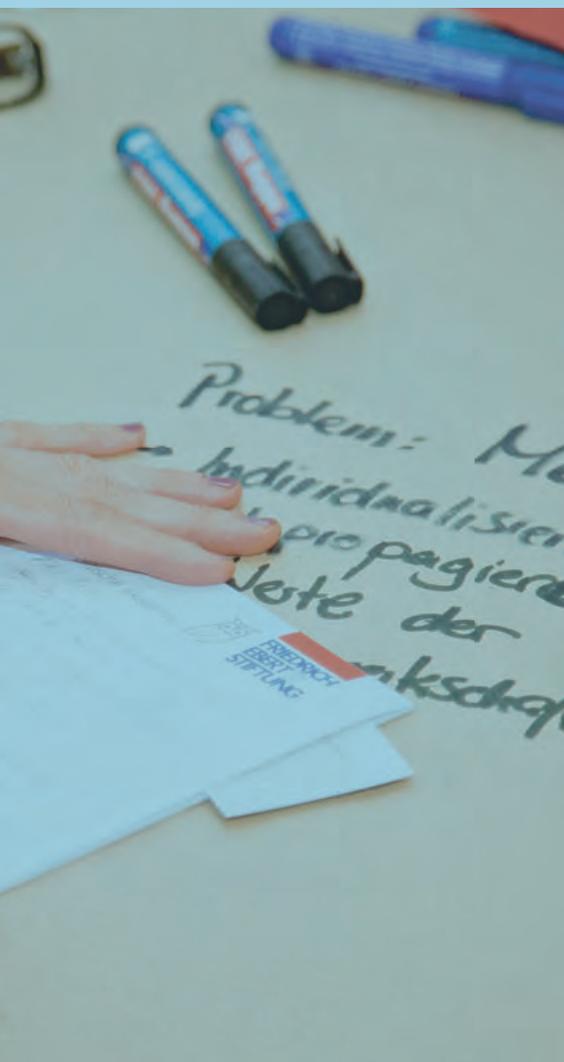
- 81 % Facebook
- 11 % Schüler VZ (mittlerweile eingestellt)
- 1 % Schüler.CC, Twitter & Skype

Funktionen Nutzungsfrequenz:

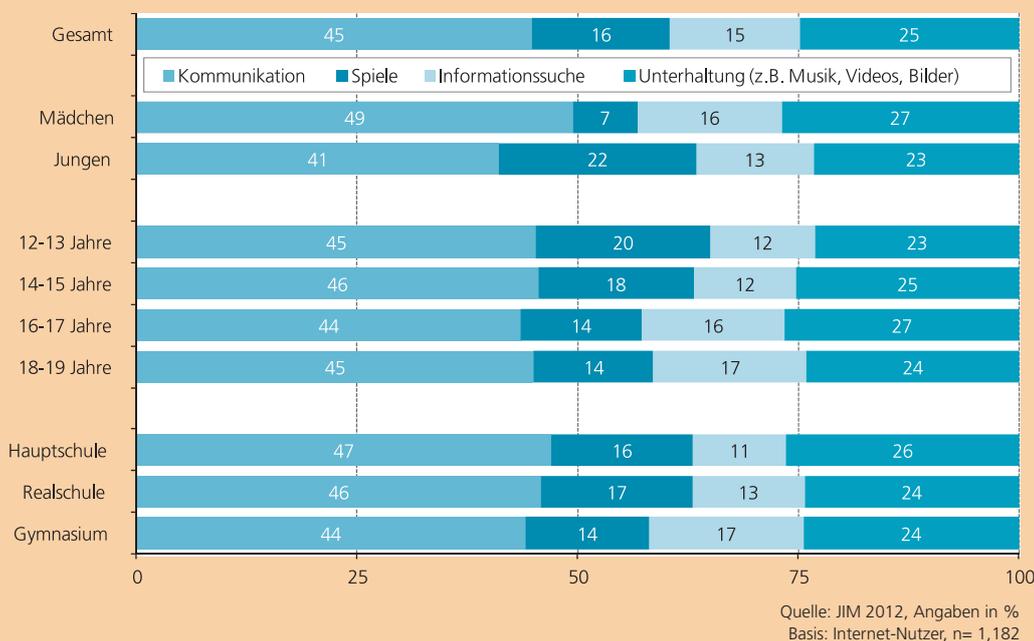
- 75 % Nachrichten verschicken
- 74 % In der Community chatten
- 29 % Bei anderen auf die Pinnwand schreiben
- 22 % Status posten
- 10 % Fotos/Videos einstellen

Anzahl an Freunden:

- 12- bis 13-Jährige = 148
- 14- bis 15-Jährige = 265
- 16- bis 17-Jährige = 329



Inhaltliche Verteilung der Internetnutzung



9. Politik braucht Visionen, die zu einer Beteiligung motivieren.

Eine wichtige Voraussetzung für politische Partizipation ist die Begeisterung für ein politisches Thema. Jugendliche müssen motiviert sein, für etwas eintreten zu wollen. Dazu braucht es eine konkrete Zielvorgabe, an der sie sich orientieren können. Diese Zielvorgabe sollte in Form einer politischen Vision durch die politischen Organisationen angeboten werden. Im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten mangelt es der Politik heute an solchen politischen Visionen, findet Julia Friedrichs, Journalistin und Buchautorin: „Ich würde mir wünschen, dass Politiker wieder leidenschaftlicher für Ideen eintreten, dass sie sich Visionen zu trauen. Ich glaube, eine pragmatisch-verwalterische Haltung drückt sich in sinkender Begeisterungsfähigkeit aus.“

Politik und ihre Akteurinnen und Akteure müssen deutlich machen, wofür sie einstehen. Sie müssen vermitteln können, warum es sich lohnt, sich für die eine und nicht die andere Sache stark zu machen – und warum politisches Engagement überhaupt wichtig ist. Damit geht, darauf weist Julia Friedrichs ebenfalls hin, auch eine Forderung an die Jugendlichen einher: „Wir müssen schon deutlich machen, dass es eine Verpflichtung dazu gibt, sich zu engagieren. Jede Generation ist verantwortlich dafür, wie sie ihre Welt formt und gestaltet.“



Julia Friedrichs, Journalistin und freie Autorin und Moderator
Christopher Unger, freier Journalist

Zusammenfassung und Ausblick

IV. Jugendliche sind die Zukunft unserer Demokratie

„Demokratie braucht Demokraten“. So lautet eine berühmte und vielzitierte Aussage Friedrich Eberts, die gerade auch Jugendliche betrifft: Essentiell für Vitalität und Stabilität einer zukünftigen demokratischen Ordnung sind Jugendliche und junge Erwachsene, die sich mit ihren Werten identifizieren und sich für ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung einsetzen und engagieren. Dass es die Jugendlichen im Sinne einer homogenen Gruppe nicht gibt, haben natürlich nicht erst aktuelle Studien der Jugendforschung erkannt. Aber sie verdeutlichen noch einmal eindrucksvoll und detailreich, mit welchen Lebenswelten wir es zu tun haben, wenn wir Jugendliche mit unseren Angeboten politischer Bildung erreichen und begeistern wollen. Interessen, Lebensentwürfe und Partizipationsvorlieben gestalten sich innerhalb der Jugend so unterschiedlich, dass sich auch Ansätze politischer Bildungsformate darauf einstellen und die Präferenzen von Jugendlichen differenziert beachtet werden müssen. Dabei ist es besonders wichtig, eben auch jene Jugendlichen nicht aus den Augen zu verlieren, die mit den herkömmlichen Zugängen der politischen Bildung bislang eher nicht zu erreichen sind und teilweise ein ganz anderes Politikverständnis mitbringen.

Wirklich „politikfern“, das hat sich glücklicherweise gezeigt, sind auch wenn die Zahlen über Wahlbeteiligung und „klassisches“ politisches Engagement unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen sicherlich zu denken geben müssen, längst nicht alle Jugendlichen, egal aus welcher Lebenswelt oder aus welchem Milieu sie stammen. Auch wenn der „Begriff des Politischen“ ganz unterschiedlich beschrieben und gedacht wird: Ansatzpunkte für die politische Bildung sind vorhanden und laden ein zur kreativen Gestaltung verschiedener Formate: Neue Beteiligungsformen und Projekte wie Jugendwahlen, e-Partizipation oder beteiligungsorientierte Planspiele, die Entwicklung einer partizipativ und demokratisch gestalteten Schule, die Einbindung neuer Medien in die politische Bildungsarbeit, eine passende Ansprache von Jugendlichen durch „lebensnähere“ Angebote sowie die Schaffung von Räumen zum Erlernen politischen und demokratischen Engagements, all dies sind Beispiele, an denen die politische Bildung ansetzen kann. Somit sollte diese Zusammenstellung in Form eines Policy-Papers zugleich auch Mut machen für zukünftiges Engagement im Rahmen politischer Bildung. Wie die bereits erwähnte Teilnehmerin unseres Workshops richtig bemerkte: Man muss immer wieder neu auf die Jugendlichen zugehen. Nur so kann politische Bildung gelingen und den jungen Menschen verdeutlicht werden, dass sie für den Erhalt und die Gestaltung unserer Demokratie gebraucht werden.

» **Interessen, Lebensentwürfe und Partizipationsvorlieben gestalten sich innerhalb der Jugend so unterschiedlich, dass sich auch Ansätze politischer Bildungsformate darauf einstellen und die Präferenzen von Jugendlichen differenziert beachtet werden müssen.** «



Wir danken den Mitwirkenden

Arne Busse

Referent der Bundeszentrale für politische Bildung im Fachbereich Politikferne Zielgruppen.

Johannes Domnick

ist Landesvorstandsmitglied der Landesschüler/innenvertretung Rheinland-Pfalz.

Jürgen Ertelt

Projektkoordinator von „youthpart“ (IJAB), einem multilateralen Kooperationsprojekt zu e-Partizipation und Jugendbeteiligung in der digitalen Gesellschaft.

Erik Flügge

Sinus-Akademie, ist zertifizierter Referent im Rahmen des Weiterbildungs- und Beratungsangebots des Sinus-Instituts für Sozial- und Marktforschung in Heidelberg.

Julia Friedrichs

Journalistin und freie Autorin von Fernsehbeiträgen z.B. für die WDR-Redaktion „Monitor“ u.a. Sie veröffentlichte zudem die Bestseller „Gestatten: Elite. Auf den Spuren der Mächtigen von morgen“ (2008), „Deutschland dritter Klasse: Leben in der Unterschicht“ (2009) und „Ideale: Auf der Suche nach dem, was zählt“ (2011).

Ina Koopmann

Referentin im Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Irmgard Nolte

Geschäftsführerin der Agentur neues handeln: Kommunikation für gesellschaftliche Themen, und Expertin für Jugendkommunikation.

Katharina Oerder

ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und promoviert als Diplom-Psychologin zu Mitgliederwerbung in Gewerkschaften.

Kerstin Ott

leitet das Forum Jugend und Politik in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Christina Schildmann

Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung im Forum Politik und Gesellschaft in Berlin und dort u.a. verantwortlich für das Jugendforschungsprojekt „Sprichst Du Politik?“ (2011), <http://library.fes.de/pdf-files/do/08234.pdf>.

Anke Unger

ist DGB-Bezirksjugendsekretärin für Nordrhein-Westfalen und koordiniert die Aktivitäten der DGB-Jugend mit und für ca. 100.000 Mitglieder unter 27 Jahren.

Christopher Unger

freier Journalist und freier Mitarbeiter im Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dorothea Werner-Tokarski

leitet die Koordinierungsstelle „Demokratie leben und lernen“ in Rheinland-Pfalz und ist dort verantwortlich für die Fortführung des gleichnamigen BLK-Programms an Schulen.

Benedikt Widmaier

Direktor des Haus-am-Maiberg in Heppenheim, der Akademie für soziale und politische Bildung der Diözese Mainz. Er veröffentlichte zuletzt mit Frank Nonnenmacher die interdisziplinäre Publikation „Unter erschwerten Bedingungen: Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen“ (2012).

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Fachworkshops, die sich mit ihren Erfahrungen und Ideen eingebracht haben.

Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
- Nr. 21 Antisemitismus – Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Jung, politisch, sucht – Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“ – Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Die neue Klassengesellschaft?
- Nr. 27 „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“
- Nr. 28 Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung
- Nr. 29 Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert
- Nr. 30 Migration – Religion – Integration
- Nr. 31 Kapitalismus 2.0: Irgendwie anders – irgendwie besser
- Nr. 32 Was ist gerechte Politik?
- Nr. 33 Populismus. Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 34 Determinanten von Radikalisierung in muslimischen Milieus aus deutsch-britischer Perspektive
- Nr. 35 Respekt und Zumutung – Religion, Homosexualität und das Zusammenleben in der pluralen Gesellschaft
- Nr. 36 Demokratie (be)leben! Mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement ist möglich
- Nr. 37 Wie weiter, SPD?
- Nr. 38 Religiöser Pluralismus und Toleranz
- Nr. 39 Reformbaustelle Volkspartei: Berufspolitiker- oder Mitgliederpartei?
- Nr. 40 Auf dem Weg in die Postdemokratie?
- Nr. 41 Forum Soziale Demokratie „Warum Europa?“ Antworten und noch mehr Fragen aus der Perspektive Sozialer Demokratie
- Nr. 42 Parteien links der Sozialdemokratie in Europa
- Nr. 43 Forum Soziale Demokratie Integration und Zuwanderung – gemeinsam die Zukunft gewinnen!

